



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 36. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 13. Januar 2016, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Norbert Müller (Potsdam), MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Übergabe des Vorsitzes und Einführung in die
Schwerpunktthemen des neuen Vorsitzenden

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 9**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Bun-
deswehr in Schulen und Kindergärten“

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 23**

Stellungnahme zur Umsetzung der Kinderrechte in
Deutschland

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 23**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 23**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 13. Januar 2016, 16:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	_____

Stand: 7. Januar 2016

Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



ÖA

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 13. Januar 2016, 16:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Gehmann	Linke	
Fuchs	linke	
Gruhn	gew LINKE	

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Bundeswehr in Schulen und Kindergärten“
am Mittwoch, dem 13. Januar 2016, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Lena Herenz	
Thomas Mickan Informationsstelle Militarisierung e. V.	
Martina Schmerr GEW Hauptvorstand	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	8, 9, 16, 17, 19, 22, 23
Abg. Eckhard Pols	16, 17, 18, 19, 20, 22
Abg. Susann Rüthrich	8, 21
Abg. Beate Walter-Rosenheimer	21
Abg. Jörn Wunderlich	19, 21

Sachverständige

Lena Herenz	12, 23
Thomas Mickan	14, 16, 18, 19, 20, 23
Martina Schmerr	9, 18, 19, 22



Tagesordnungspunkt 1

Übergabe des Vorsitzes und Einführung in die Schwerpunktthemen des neuen Vorsitzenden

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, die erste Kinderkommissionssitzung dieses Jahres eröffnen zu können. Es wird gleichzeitig die letzte Sitzung dieses Jahres sein, die ich eröffne, weil ich heute den Vorsitz in Form dieses wunderbaren Plüschadlers an meinen Kollegen, Herrn Müller, übergeben darf. Es war mir im letzten Jahr eine Freude, die Kinderkommission leiten zu dürfen. Ich habe mich über die kollegiale Zusammenarbeit, die wir hier gepflegt haben, gefreut und hoffe, dass wir das fortsetzen können. Wir hatten die Themen Beteiligung von Kindern, Ausstattung von Kindern und ganz zu Beginn des Jahres die Rechte von Kindern in Deutschland. Wir hatten einige weitere Themen, die uns quasi zugeflogen sind, die Petition zum Kinderbeauftragten möchte ich da nur kurz erwähnen. Damit werden wir als Kinderkommission mit Sicherheit noch weiter zu tun haben – dann allerdings unter dem Vorsitz von Ihnen, Herr Müller. Ich wünsche Ihnen dafür alles Gute, gutes Gelingen und ein schönes Jahr mit uns. Wir versprechen Ihnen, dass wir uns gut benehmen und Ihnen als Vorsitzender möglichst keinen Ärger machen werden. Die guten Vorsätze zum Jahreswechsel dürfen ja sein.

Jetzt darf ich den Adler überreichen und hoffe, dass Sie ihn – auch wenn Sie Adler nicht so sehr mögen – pfleglich behandeln.

Vorsitzender: Das Brandenburger Wappentier. Sehr schön, ich übernehme direkt, wir haben ja nicht so sehr viel Zeit. Wir versuchen, zu etwa 17.30 Uhr zu enden, weil um 18.00 Uhr das Jahresessen der Ministerin beginnt.

Vielen Dank auch für das letzte Jahr, für die interessanten Expertenanhörungen und für die gute und kollegiale Diskussion, die wir hier geführt haben. Ich denke, dass wir das auch bis zum Ende meiner Vorsitzperiode, wenn ich dann an Beate Walter-Rosenheimer von den Grünen übergebe, gemeinsam so gut hinbekommen.

(Blumenübergabe)

Ich habe zum heutigen Einstieg eine Petition gelesen, die uns gestern erreicht hat. Sie passt inhaltlich sehr zu dem, was uns inhaltlich verbunden hat und was wir in diesem letzten Jahr deiner Vorsitzzeit gemeinsam gemacht haben – die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Der Petent führt etwas böse ein, „die Versuche zur Grundgesetzänderung wurden also auch von der Abgeordneten der Union ...“, das muss schon älteren Datums sein, „... mitgetragen. Die Wertschätzung sowohl des Unionsmitglieds in der Kiko als auch der Kiko selbst kann also nicht sehr ausgeprägt sein.“ Darauf schließt er, weil es keine Kinderrechte im Grundgesetz gibt. Ich würde behaupten, dass die Wertschätzung aller Mitglieder der Kinderkommission in ihren Fraktionen gleichermaßen gut ist und die der Kinderkommission selbst auch, aber man muss doch zumindest über die Außenwirkung dessen, was wir tun, nachdenken. In diesem Sinne will ich versuchen, dass zumindest die Außenwirkung der Kinderkommission – wir sind ein Stück weit ein besonderes Gremium, mit kleinen Kompetenzen, aber spannenden parlamentarischen Möglichkeiten oder einem spannenden parlamentarischen Modell – insgesamt größer wird und dass das, worauf wir uns im Konsens im Sinne von Kindern und Jugendlichen verständigt haben, auch eine größere öffentliche Wertschätzung erfährt, damit wir nicht in späteren Petitionen lesen müssen, dass die Wertschätzung der Kinderkommission nicht so sehr ausgeprägt sein könne, weil nicht alles, was sie diskutiert, unmittelbar umgesetzt wird. Ich glaube, dass wir da in einigen Punkte gut vorangekommen sind.

Ich will, bevor wir zum öffentlichen Expertengespräch kommen, kurz darstellen, was ich mir für das Jahr vorgenommen habe, das hatte ich in der letzten Sitzung schon ausgeführt, aber zumindest drei Sätze seien noch einmal gestattet. Wir beginnen mit einem kurzen Themenzyklus zu Militär und Jugend in Deutschland. Ich denke, die Stärke der Kinderkommission ist, dass wir Vier aus vier verschiedenen Fraktionen mit unterschiedlichen Programmen und auch unterschiedlichen Weltanschauungen, aber einem gemeinsamen demokratischen Grundverständnis und auch einer gemein-



samen Debattenkultur zumindest hier in der Kiko unterschiedliche Schlaglichter auf politische Themen werfen, die uns angehen. Das will ich auch versuchen und deswegen – was möglicherweise untergehen würde – in einer ersten Runde Militär und Jugend in Deutschland thematisieren. Heute soll es um Bundeswehr in Schulen und Kitas oder Bundeswehr gegenüber Kindern und Schülern gehen. In der nächsten Sitzungswoche werden wir minderjährige Soldaten bei der Bundeswehr behandeln. Zugesagt haben ein Jugendoffizier des Landeskommandos Berlin der Bundeswehr, ein Vertreter von der terre des hommes und ein Vertreter der Kindernothilfe. Am Tag darauf haben wir dann den Red Hand Day hier im Deutschen Bundestag. Das passt und ist ja auch ein großes spannendes politisches Thema, das in dieser Wahlperiode parlamentarisch schon eine Rolle gespielt hat. Der nächste große Themenblock wird Kinderarmut sein. Auch das ist ein Thema, das uns schon mehrfach beschäftigt hat. Hierzu hatten wir vor nicht ganz einem Jahr eine Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag, jetzt haben wir eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die den Mikrozensus 2014 ausgewertet hat, in dem es um Kinderarmut in ihrer Vielfalt und Ausprägtheit, aber auch in ihrer Verfestigung in Deutschland geht. Schließen werden wir mit einem Thema, das uns bereits im letzten Jahr sehr beschäftigt hat, nämlich der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der örtlichen Kinderjugendhilfe, also: Wie sind Jugendämter aufgestellt? Wir haben eine Debatte, das hat Manuela Schwesig heute noch einmal dargestellt, um das SGB VIII, die auch in ihrer Zeit als Ministerin noch weitergeführt wird, um die Große Lösung im SGB VIII. Und das hängt selbstverständlich am Ende auch sehr stark damit zusammen, wie Kinder- und Jugendhilfe aufgestellt ist. Wir werden das auch in diversen Expertenrunden diskutieren. Ihr habt den genauen Zeitplan vorliegen. Ich nehme auch gerne Anregungen auf, auch für Referentinnen und Referenten oder Themenvorschläge, die sich so ergeben. Da bin ich durchaus offen und will signalisieren: Wenn es etwas gibt, immer auf uns zukommen. Ansonsten bin ich bemüht, kontroverse Expertenrunden hinzubekommen, die wir in der Debatte gut führen und diese vielleicht auch mit einem Erkenntnisgewinn voranzubringen. Ich glaube, das ist die Stärke der Kinderkommission.

Ich möchte zum Tagesordnungspunkt 2 kommen. Wir hatten auch Presse eingeladen, jetzt ist die Kinderkommission, wie wir vorhin festgestellt haben, öffentlich nicht das bekannteste Gremium. Gibt es Journalisten im Raum mit Fragen? Nein, es hat sich auch niemand weiter angekündigt.

Tagesordnungspunkt 2

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Bundeswehr in Schulen und Kindergärten“

Vorsitzender: Dann möchte ich zum Tagesordnungspunkt 2, zum öffentlichen Expertengespräch zum Thema „Bundeswehr in Schulen und Kindergärten“ kommen. Das spielt ja auch eine große öffentliche Rolle oder hat in den letzten Jahren eine öffentliche Rolle gespielt. Wir haben eingeladen, ich stelle Sie in der Reihenfolge vor, wie ich Sie dann auch bitte, Ihre Eingangsstatements zu halten: Frau Schmerr vom GEW-Hauptvorstand, also Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft, Frau Herenz, die ein bisschen aus ihrer Erfahrung als Schülerin an einer Schule berichtet, an der die Bundeswehr ganz normal geworben hat, wie das Alltag an vielen Schulen ist, und Herr Mickan von der Informationsstelle Militarisierung, der sich mit dem Thema Bundeswehr in Kitas, wie arbeitet Bundeswehr auch mit Kindern, befasst hat.

Frau Schmerr, Sie haben das Wort. Vorweg: Das Sekretariat führt ein Wortprotokoll, d. h., es wäre immer gut, wenn Sie die Mikrofone verwenden. Es geht in diesem Raum auch ohne, aber das Mikrophon ist eine technische Voraussetzung dafür, ein Protokoll führen zu können.

Martina Schmerr (GEW Hauptvorstand): Guten Tag, meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung der Kinderkommission und danke für die Möglichkeit, das Thema Bundeswehr und Schule aus Sicht der GEW darzustellen. Wir haben jeweils zehn Minuten für unseren Input, aber ich kann auch schnell reden, wenn es nötig ist und hoffe, ich schaffe das. Ich will zunächst die Ausgangssituation und die Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Bundeswehr derzeit an Schulen aktiv ist, skizzieren. Ich will etwas skizzieren,



wie die Präsenz der Bundeswehr im Jugendbereich aussieht und mit wie vielen Menschen sie unterwegs ist, um auch einige kinderrechtliche Aspekte zu erwähnen, darauf geht mein Kollege dann noch näher ein. Am Ende werde ich das, was an Diskussionen oder Forderungen oder auch Beschlüssen in unserer Bildungsgewerkschaft GEW, aber auch in anderen Verbänden diskutiert worden ist, kurz darstellen.

Die Armee ist, wie Sie wahrscheinlich wissen, schon sehr viel länger im Schulbereich aktiv, als erst in den letzten Jahren, in denen das öffentlich stark diskutiert wurde. Knapp 60 Jahre sind die Jugendoffiziere an Schulen schon mit Bildungsangeboten präsent. Sie haben das in den letzten Jahren nur auf bedenkliche Weise intensiviert, und das hat die Aufmerksamkeit von Verbänden wie uns oder auch Kinderrechtsorganisationen und der Presse auf sich gelenkt. Sie wissen vielleicht, dass die Bundesländer teilweise, insgesamt acht an der Zahl, mit der Bundeswehr Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen haben, die den Jugendoffizieren weitreichende Möglichkeiten einräumen, an Schulen präsent zu sein: Zum einen, um in den Unterricht zu gehen und Vorträge zu halten, aber es gibt noch andere, wie ich finde, sehr pikante Privilegien, die sich die Bundeswehr dadurch absichert. Das ist teilweise die Veröffentlichung der sicherheitspolitischen Seminare für Lehrkräfte oder Lehramtsstudierende der Bundeswehr im vielgelesenen Amtsblatt oder in den Online-Medien von Ministerien. Damit kann die Bundeswehr auch Seminarfahrten bekannt machen. Die Festlegung in einer Vereinbarung ist deshalb recht bequem, weil damit die gesamte Bürokratie bezüglich der Freistellung etwas leichter wird. In manchen Bundesländern erhalten viele Jugendoffiziere regelmäßig Gelegenheit, sich mit Ministerien auszutauschen oder sogar vor Schulrektorenkonferenzen zu sprechen und ihre Positionen und Angebote zu präsentieren. Nicht zuletzt hat sich die Bundeswehr in diesen acht Ländern – zwei Länder haben das aber wieder etwas zurückgenommen – einen privilegierten Zugang zu Lehrerinnen- und Lehrerausbildung gesichert, d. h., sie sind in der ersten Phase an Hochschulen mit Vorträgen und Seminaren präsent. Auch in der zweiten Phase bieten sie den Referendarinnen und Referendaren in Studienseminaren gerne Blockseminare schon mal in einer attraktiven

Stadt im Ausland für umsonst an. Auf diese Weise haben sie da sehr gut einen Fuß drin.

Wir, gemeinsam mit vielen anderen Verbänden aus der Kinderpolitik oder auch Kinderrechtsorganisationen wie UNICEF und Kindernothilfe, beobachten das sehr skeptisch und sehr kritisch, weil wir seit einigen Jahren den Eindruck haben, dass das Ziel der Jugendoffiziere, aber auch der Wehrdienstberater – auf diese komme ich gleich noch – ist, für die Akzeptanz der Auslandseinsätze zu werben, die wir jetzt in zunehmender Zahl haben, und die neue Rolle und Ausrichtung der Bundeswehr im Bildungswesen möglichst positiv darzustellen. Sie wissen vielleicht auch, dass sich das Bundesverteidigungsministerium seit 2011 nach neuen verteidigungspolitischen Richtlinien ausrichtet, die z. B. vorsehen, dass die Bundeswehr nunmehr sehr offiziell als Ziel hat, den Zugang zur hohen See, den Zugang zu Ressourcen und zum freien Welthandel zu sichern, und Sie wissen wahrscheinlich auch, dass die Wehrpflicht ausgesetzt worden ist. Wir vermissen eine genügende Diskussion dieses Paradigmenwechsels in der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik, obwohl es völkerrechtliche, verfassungsrechtliche oder auch kinderrechtliche Diskussionen zum Thema gibt. Dass wir damit als GEW nicht alleine stehen, zeigt uns zum einen die Unterstützung anderer Verbände, zum andern aber auch die regelmäßig attestierte große Ablehnung der Auslandseinsätze in der Bevölkerung. Sie wissen, dass die Afghanistan-Einsätze von der Bevölkerung nicht sehr gut quotiert wurden. Eine letzte Umfrage hatte ergeben, dass nur 13 Prozent der Bevölkerung für eine Ausweitung der Militärintervention der Bundeswehr sind. Sie hat also ein Akzeptanzproblem und auch ein Nachwuchsproblem und steht vor der großen Herausforderung, ihr Image zu verbessern und auch Personalwerbung zu betreiben, weil die Rekrutierungszahlen seit der Aussetzung der Wehrpflicht weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. Hierfür hat die Bundeswehr ihren Werbeetat auf nunmehr 35 Millionen Euro erhöht, das ist fast zehnmal so viel wie in 2008. Um diese Arbeit zu leisten, hat sie den personellen Apparat von knapp 100 hauptamtlichen Jugendoffizieren auf ungefähr 300 ehrenamtliche Jugendoffiziere und mehr als 400 Wehrdienstberater erhöht, die nicht nur an Schulen sind, sondern auch auf Messen und in der Kaser-



ne Auskunft geben, aber zu großen Zahlen in Schulen. Die Bundeswehr erreicht auf diese Weise jährlich ungefähr 300.000 bis 400.000 junge Menschen und auch Kinder – den Großteil davon in Schulen. Für 2015 haben wir neulich, ich glaube sogar durch eine Kleine Anfrage der Linksfraktion, lesen können, dass mit dieser Arbeit etwa 36.000 Lehrkräfte und Referendarinnen und Referendare durch Vorträge, Podiumsdiskussionen, Großveranstaltungen, aber auch Unterrichts- oder Truppenbesuche erreicht worden sind. Vielleicht muss man im Auge behalten, dass zwischen Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern ein Unterschied besteht: Die Teilnahme an Veranstaltungen der Jugendoffiziere an Schulen ist in der Regel verpflichtend. Es gibt zwar Eltern, die für ihr Kind eine Unterrichtsfreistellung beantragen, aber die Kinder können sich in der Regel nicht dagegen wehren. Die Angebote der Wehrdienstberater, die gezielt Berufsorientierung und Karriereberatung machen, sind hingegen freiwillig.

Mit welchen Maßnahmen ist die Bundeswehr aktiv im Jugendbereich, aber auch in Richtung Schulen? Sie bekommen vielleicht mit, dass das Werbeausmaß der Bundeswehr massiv gestiegen ist. Sie tun das in Zeitungsanzeigen, im Fernsehen, in Kinospots, im öffentlichen Raum, also auch im öffentlichen Personennahverkehr. Sie sind massiv beteiligt an Messen, und zwar nicht nur an Messen, auf denen man sie erwarten würde – Berufsbildungsmessen oder Bildungsmessen, vielleicht auch metalltechnologische Messen, auf denen sie ihre Waffen ausstellen können –, sondern tatsächlich an sehr abseitigen, wie der Grünen Woche z. B. oder Hessentage und Städtetage. Da hat die Bundeswehr einen Stand, der mittlerweile größer ist als viele Firmen- und Verlagsstände – auf der didacta kann man das z.B. gut sehen. Sie veranstaltet Sportveranstaltungen, sie richtet auch Jugendpressekongresse aus und ist sehr präsent in Schülermedien und in Medien, die von Jugendlichen sehr stark rezipiert werden. Vor zwei Jahren hat die Presse skandalisiert, dass die Bundeswehr in der Bravo mit ihrer Kampagne „Action, Abenteuer, Adrenalin“ Werbung macht, so war die Kampagne unterschrieben. Das war ein Seminarangebot für 16-Jährige, eine Woche Urlaub mit der Bundeswehr in einem Action-Camp entweder auf Sardinien oder in den Bergen zu machen. Die Art der Werbung hat bei vielen Elternorganisationen,

aber auch bei vielen Journalistinnen und Journalisten sehr viel Unmut hervorgerufen.

Insgesamt kann man an der Werbung der Bundeswehr sehen, dass das Ziel zu sein scheint, die Bundeswehr im Alltag zu verankern, also vor allem in den Köpfen der jungen Menschen, und die Bundeswehr als Arbeitgeber wie jeder anderen auch zu präsentieren. Das, meine Damen und Herren, ist die Bundeswehr aber nicht, und das ist auch ein ganz zentraler Kritikpunkt der Kinderrechtsorganisationen. Die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere, der Beruf des Soldaten hält sehr, sehr viele Gefahren bereit – man kann getötet werden, man kann verletzt werden. Wir wissen von den vielen posttraumatischen Belastungsstörungen – man muss vielleicht zerstören, man sieht viele zivile Opfer, die Militärintervention fordern. Dieses ganze Spektrum der Schattenseiten der Einsätze der Bundeswehr wird in der Regel bei der Werbung und – wie wir fürchten und zum Teil auch wissen – im Unterricht in Schulklassen unterbelichtet oder auch gar nicht erwähnt. Uns sind in den letzten Jahren einige bedenkliche Fälle untergekommen, die dann auch Kinderrechtsorganisationen auf den Plan gerufen haben.

Das eine ist jetzt sehr öffentlich geworden, also wir wissen, dass die Bundeswehr mehr als 1.000 junge Menschen unter 18, also Minderjährige, im Jahr zur Ausbildung rekrutiert, in 2015 waren das 1.300, und wie ich eben erfahren habe, sind das zum Teil auch 16-Jährige. Das ist aus kinderrechtlicher Sicht ein sehr bedenklicher Punkt, der ja in der nächsten Runde auch nochmal eine Rolle spielt. Wir haben teilweise sehr fragwürdige Unterrichtsmaterialien gefunden, die vom Bundesverteidigungsministerium finanziell unterstützt werden und den Jugendlichen z. B. ein Thema wie „zehn Gründe für den Krieg“ an die Hand geben, die sich die Jugendlichen erarbeiten sollen. Sie finden in dem ganzen Arbeitsblatt nicht einen einzigen Grund gegen den Krieg. Wir haben Kenntnis von Vorfällen, in denen kleine Kinder bei Truppenbesuchen in Kasernen mit Waffen spielten, und das, obwohl aus kinderrechtlicher Sicht der Zugang zu Waffen für Kinder verboten ist. Wir haben auch schon erlebt, dass Kinder in einem sehr jungen Alter versehentlich von der



Bundeswehr werbend angeschrieben worden sind. Sie wissen vielleicht, dass die Einwohnermeldeämter die Adressen für die Werbung von 16- und 17-Jährigen an die Bundeswehr geben, diese haben versehentlich auch schon 8-Jährige bekommen. Das sind die kinderrechtlichen Dimensionen, die letztlich auch den UN-Ausschuss für die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland auf den Plan gerufen hat. Dieser hat vor nicht allzu langer Zeit die Präsenz der Bundeswehr im Schulbereich massiv kritisiert und Deutschland aufgefordert, auf jegliche Werbung der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen zu verzichten, was eigentlich einem Schulverbot gleichkäme oder zumindest eine sehr viel größere Sorgfalt bei Truppen- und Kasernenbesuchen erfordern würde. Er hat zugleich angemahnt, die Friedensbildung in Lehrplänen und Fortbildung verbindlich zu verankern und selbstverständlich auch angemahnt, keine minderjährigen jungen Menschen mehr zur Ausbildung zu rekrutieren. Diese Empfehlungen sind bei den regierenden Parteien leider einigermmaßen verhallt, die in ihrem Koalitionsvertrag vor zwei Jahren dezidiert hineingeschrieben haben, ich zitiere: „Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“

Ich komme jetzt zur Kritik oder zu Forderungen, die wir in der GEW diskutiert haben, aber auch in Netzwerken und mit anderen Verbänden besprechen. Von diesen haben Sie vielleicht schon etwas gehört, weil wir auch Publikationen zu diesem Thema herausgeben. Die GEW hat beschlossen, den Einfluss der Bundeswehr auf jeden Fall zu begrenzen und die Privilegierung der Bundeswehr gegenüber vielen anderen Organisationen, die auch eine gesellschaftlich gewichtige Stimme haben, zu beenden. Die GEW stört vor allem, dass die Bundeswehr mit Hilfe der Politik und der Landesregierungen als Träger der politischen Bildung in die pädagogischen Kreise eingeführt wird. Aus unserer Sicht ist die Bundeswehr keine Bildungseinrichtung. Sie macht an Schulen Öffentlichkeitsarbeit oder vielleicht sollte ich besser sagen „PR“. Es ist klassische PR-Arbeit, eine Mischung aus Bildung, Information, Selbstdarstellung und Werbung. Aus unserer Sicht gehört die politische Bildung an Schulen in die Hand von Lehrkräften, die dafür ausgebildet sind. Aus unse-

rer Sicht sind vor allem Exkursionen mit Minderjährigen in Kasernen und Truppenbesuche oder Waffenschauen kein geeignetes Mittel der politischen Bildung. Ein zentraler Punkt aus unserer Sicht ist außerdem die Souveränität und Freiwilligkeit. Lehrkräfte müssen souverän sein, ihren Unterricht zu gestalten. Sie können jederzeit jemand externes in den Unterricht einladen, wenn sie das für nötig befinden. Aber die Dynamik an Schulen ist leider oft so, dass der Schulleiter der Bundeswehr den roten Teppich ausrollt und viele Lehrkräfte oder auch Schüler gar nicht gefragt werden – das wäre der nächste Punkt. Es darf eigentlich nicht passieren, dass Schüler in irgendeiner Weise verpflichtend an diesen Angeboten teilnehmen müssen. Wir empfehlen den Schulen, wenn die Bundeswehr denn eingeladen wird, bevor sie kommt, zumindest die Eltern und die SchülerInnenvertretung zu informieren, sich die Zustimmung einzuholen und das Thema in der Schulkonferenz demokratisch zu beraten und zu beschließen. Dann kann man sich auch gut vorbereiten und Maßnahmen treffen. Wir sind natürlich dafür, die Friedensbildung zu stärken. Dazu müsste man in allererster Linie jede militärische Werbung bei jungen Menschen an Schulen oder woanders im Jugendbereich stoppen. Aus GEW-Sicht mahnen wir auch immer wieder an, dass die Mittel für Fort- und Ausbildung von Lehrkräften aufgestockt werden müssen. Denn wenn eine Landesregierung sagt, „das soll doch die Friedensbewegung richten und in die Schulen gehen“, dann sieht man an dem Werbeetat der Bundeswehr, dass da ein massives Missverhältnis besteht. Zuletzt möchte ich noch sagen, dass die Bildungsziele von Schulen aus unserer Sicht nicht in der Vermittlung militärpolitischer Konzepte liegen, sondern in erster Linie von Friedenserziehung, der Bildung zu Toleranz, Demokratiebildung und Erziehung zur Kritikfähigkeit geprägt sind. Diese Bildungsziele, die eigentlich in allen Landesverfassungen sehr deutlich stehen, sollten auf jeden Fall Priorität haben. Sie verlangen einen anderen Unterricht als den, den die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr den Schulen ans Herz legen. Vielen Dank.

Lena Herenz: Guten Tag, meine Damen und Herren, ich freue mich auch sehr über die Einladung, über meine Erfahrungen mit der Bundeswehr, die ich in meiner ehemaligen Schule sammeln durfte,



sprechen zu können. Ich muss dazu vorher sagen, dass das natürlich eine sehr persönliche Sichtweise ist, die nicht auf alle Schulen übertragbar ist. Aber ich denke, es zeigt trotzdem, welche Probleme entstehen können, wenn die Bundeswehr an die Schule eingeladen wird.

Kurz zu mir: Ich bin 1995 geboren und habe seit 2006 das städtische von Saldern-Gymnasium Europaschule in Brandenburg an der Havel besucht. Dort habe ich 2014 mein Abitur abgelegt und studiere seit Herbst 2014 in Berlin an der Freien Universität Geschichte und Politikwissenschaften. Das erste Mal habe ich die Werbung der Bundeswehr in der 5. Klasse, als ich an das Gymnasium kam, wahrgenommen. Ich war damals 11 Jahre alt, meine Mitschüler zum Teil 10 Jahre. Man muss sich das so vorstellen, dass in der Pause ein großer mobiler Infotruck auf unseren Schulhof gefahren ist. Das war selbstverständlich für die älteren Schüler gedacht, aber auch die jüngeren haben damals schon Infomaterialien und Werbegeschenke bekommen. Ich erinnere mich gut daran, dass viele meiner Mitschüler sehr begeistert waren. Das wick natürlich sehr stark vom normalen Schulalltag ab und war sehr imposant und groß. Dann folgten einige Jahre, in denen es keine direkte Werbung bei uns an der Schule gab – bis März 2010, da war ich in der 9. Klasse. Zu dem Zeitpunkt wurde an beiden städtischen Gymnasien in Brandenburg ein Studien- und Berufetag eingeführt, der dazu dienen sollte, Schüler auf ihre zukünftige Laufbahn und ihre Berufsperspektiven aufmerksam zu machen und sie zu informieren. Es waren hauptsächlich Vertreter lokaler größerer Betriebe eingeladen wie die Brandenburger Bank, die AOK, das Klinikum, aber u. a. auch jedes Jahr die Bundeswehr. Für die 9. bis zur 12. Klasse war das ein Pflichttermin, alle mussten daran teilnehmen. Allerdings war es so organisiert, dass jeder Arbeitgeber einen Raum zur Verfügung gestellt bekam, wo er in drei Durchgängen einstündige Infoveranstaltungen abhalten sollte, und man musste sich von vornherein für drei Veranstaltungen entscheiden und sich in Listen eintragen, an welchen Veranstaltungen man teilnimmt. Also es bestand keine Pflicht, an der Veranstaltung der Bundeswehr teilzunehmen, aber sie war sehr präsent und man hat auch gesehen, dass diese Veranstaltung immer sehr beliebt war, die Liste war immer eine der ersten, die voll war. Es war öffent-

lich zu sehen, dass das auf großes Interesse gestoßen ist. Ich muss dazu sagen, dass ich nie an so einer Veranstaltung teilgenommen habe, ich habe mich in der 9. und 10. Klasse einfach nicht dafür interessiert, das war für mich keine Berufsoption. Aber als ich dann in der 11. Klasse begonnen habe, mich über die Bundeswehr zu informieren und versucht habe, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, wurde ich von meiner Schulleitung daran gehindert. Es wurde mir gesagt, man hätte im Politikunterricht gehört, dass ich die Materialien der Bundeswehr, die auch bei uns angewendet wurden, kritisiert hätte. Ich sollte doch deshalb bitte nicht zu dieser Veranstaltung gehen, da ich ja sowieso nur kritisieren würde und nicht wirklich daran interessiert wäre. Ich sollte doch bitte den Platz für die anderen Schüler lassen. Das geschah zwei Jahre hintereinander, also zum ersten Mal in der 11. Klasse, da noch in einem freundlichen Ton. In der 12. Klasse wurde ich dann auch darauf hingewiesen, dass ich doch mein Abitur in diesem Jahr ablegen möchte und mir bewusst machen soll, in welche Situation ich die Schule bringe, wenn ich die Bundeswehr so negativ darstellen würde. Das war gar nicht meine Absicht, es wurde mir einfach so vorgeworfen. Etwa zum gleichen Zeitpunkt, als ich in der 11. Klasse war, 2013, hatte sich auch unter meinen Mitschülern und an einer anderen Schule in Brandenburg ein gewisser Widerstand gegen die Präsenz der Bundeswehr an den Schulen geregt. Es gab im Vorfeld zu diesen Studien- und Berufetagen kleinere Protestaktionen, es wurden Banner am Haus gegenüber aufgehängt und Infoflyer verteilt. Schüler eines jüngeren Jahrgangs haben ein 10 Meter großes Peace-Zeichen mit Kreide auf den Schulhof gemalt, aber das wurde immer am Morgen vor den Berufetagen entfernt. Ich erinnere mich noch gut daran, wie unser Hausmeister um 7 Uhr morgens dieses große Peace-Zeichen wegschrubben musste, weil es ihm von unserem Schulleiter so gesagt worden war.

Aus dieser Protestaktion und der fortschreitenden Präsenz der Bundeswehr an unserer Schule haben sich verschiedene Konflikte entwickelt. Zum einen war es der Konflikt unter den Schülern. Auf der einen Seite gab es selbstverständlich die Schüler, die sich wirklich für eine Karriere bei der Bundeswehr interessiert haben, und auf der anderen Seite diejenigen, die die Präsenz der Bundes-



wehr kritisiert haben. Man muss sagen, dass diese kritischen Schüler, wie ich sie nennen möchte, ganz stark angefeindet wurden, sie wurden von den Schülern, die sich für eine Karriere bei der Bundeswehr interessiert haben, bedroht. Ein Schüler eines jüngeren Jahrgangs wurde auch verprügelt und es gab Ausgrenzungen im Unterricht. Diese Debatte hat sich wirklich auch auf den Unterricht verlagert und fand nicht nur außerhalb der Schule statt. Es wurden auch Leute vom Schülersprecher kritisiert, und das hat sich immer weiter fortgesetzt, also das waren wirklich große Anfeindungen. Den größten Konflikt gab es aber zwischen der Schulleitung und den Schülern. Nach diesen Protestaktionen im Vorfeld wurden Schüler, von denen man meinte, sie wären daran beteiligt gewesen, zum Schulleiter gerufen. Es ging wieder über den gleichen Weg: Sie haben sich im Politikunterricht kritisch geäußert, deshalb müssen sie auch an den Aktionen beteiligt gewesen sein. Sie mussten sich auch vor dem Schulleiter verantworten. An meiner Schule wurde dann gesagt – auch wieder diese leichte Drohung: Man wolle ja sein Abitur an der Schule machen und man müsse sich doch mal überlegen, wie das aussieht. An einem anderen städtischen Gymnasium wurde einem Bekannten von mir wortwörtlich ein Verweis angedroht, weil er den Schulfrieden stören würde. Er musste sich sehr stark rechtfertigen und wurde auch im Unterricht immer weiter kritisiert und sehr stark von Lehrern gemieden, die mit ihm keine Projekte mehr machen wollten. Es war eine ziemliche Ausgrenzung der Schüler, die sich da kritisch geäußert haben.

Meine Schule hat jeden Versuch, dieses Thema noch einmal anzusprechen, sehr stark abgeblockt. Es gab einen offenen Brief, in Zukunft nicht mehr die Bundeswehr einzuladen, der nicht beantwortet wurde. Auf jede Kritik, die von Schülern geäußert wurde, gab es immer nur die Antwort, dass ja keine Werbung stattfindet, sondern es sich nur um reine Information handele. Allerdings gab es zur gleichen Zeit die Äußerung eines Bundeswehroffiziers in der lokalen Presse, dass Werbung und Information gar nicht zu trennen seien und dass Informationen mit der Zielsetzung der Werbung gegeben würden, wie es auch Vertreter der anderen Betriebe machten. Aber auch dazu hat sich keiner der Schulleiter irgendwie geäußert. Es gab einfach keine Auseinandersetzung mit dem The-

ma. Es war ziemlich schwierig auch für die Schüler, die dort so angefeindet wurden.

Ein dritter Konflikt tat sich noch zwischen den kritikübenden Schülern und der Öffentlichkeit in Brandenburg auf, wie man das so sagen muss, also hauptsächlich der lokalen Presse. Bestimmte Schüler, von denen man wieder nur dachte, dass sie dabei gewesen sein könnten, wurden sehr stark kritisiert, es wurden Namen genannt, sie wurden in der Presse wirklich denunziert. Sie wurden als Schulschwänzer bezeichnet und sahen sich einem Hass gegenüber, also es war wirklich übel und das in einer Situation, in der man gleichzeitig sein Abitur abschließt. Darunter haben viele Mitschüler sehr stark gelitten. Als Reaktion auf diese Kritik wurde von den Schülern, die so in der Kritik standen, eine Informationsveranstaltung und Diskussionsrunde einberufen, zu der man auch Vertreter der Presse, die sich so kritisch geäußert hatten, und auch die Schulleiter einlud. Aber auch hier blockte die Schulleitung immer nur ab. Es gab keine Äußerungen und sie erschienen auch nicht. Auch jetzt im Nachhinein, als ich mich jetzt auf dieses Gespräch vorbereitet habe, habe ich versucht, meiner Schulleitung ein Gespräch anzubieten, um das noch einmal Revue passieren zu lassen, es ist ja alles schon zwei, drei Jahre her. Aber auch darauf habe ich keine Antworten bekommen. Ich habe mich auch mit mehreren meiner ehemaligen Mitschüler unterhalten, die anschließend zur Bundeswehr gegangen sind, also auf der anderen Seite des Konflikts standen. Zwei von ihnen haben vorzeitig den freiwilligen Wehrdienst abgebrochen, weil sie enttäuscht waren und ihre Erwartungen, die in den Informationsveranstaltungen geschürt worden waren, nicht erfüllt gesehen haben.

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung e. V.): Guten Tag, meine Damen und Herren, ich bedanke mich auch für die Einladung und freue mich, hier sprechen zu können. Das bereits erwähnte Komitee der Vereinten Nationen für die Rechte der Kinder war in seinem Überprüfungsbericht vor fast genau einem Jahr sehr eindeutig. In Abschnitt 77b heißt es als Empfehlung an die Bundesrepublik: „Jede Form von Werbung für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abziele, ist zu verbieten.“ Das Deutsche Bündnis Kindersol-



daten und dessen Mitgliedsorganisationen, wie auch gerade Frau Schmerr haben immer wieder auf diesen Umstand hingewiesen. Das Schulferienlager „Feldweibel-Boldt-Camp“ in Delitzsch im August 2015 oder die wiederholte Durchführung der Aktionstage „Marine live“, um nur zwei Beispiele zu nennen, zeigen jedoch, dass diese Empfehlung der Vereinten Nationen nicht umgesetzt wurde. Hier sehen Sie jetzt vier Bilder des „Feldweibel-Boldt-Camps“. Es sind Screenshots des offiziellen YouTube-Channels des Bundeswehr-TV. Es ist deutlich zu erkennen, dass es sich um Minderjährige handelt, und sie lernen nicht den kritischen Umgang mit Militär und Krieg, sondern zum Beispiel mit Tarnschminke umzugehen, zu robben und sich in Reih und Glied zu stellen. Es ist militärische Praxis, spielerisch als Wettkampf, als Erlebnis aufgezogen. Ich selbst habe an mehreren solcher Tage teilgenommen, um das aus erster Hand auch mal spüren zu dürfen.

In meinen Ausführungen ist mir sehr wichtig, dass nicht nur die Werbung von Kindern für den Dienst im Militär problematisch ist, sondern auch die Werbung mit Kindern. Der Schattenbericht Kindersoldaten weist bereits seit Langem darauf hin, Zitat: „Die Kinder werden von der Bundeswehr vereinnahmt und für eigene Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit instrumentalisiert. Die Bundeswehr hat die Kinder damit eigennützig zum Politikum gemacht und als absehbare Folge zum Spielball politischer Debatten.“ Ich möchte diesen Spielball der Bundeswehr aufnehmen und die Rechte der Kinder zur Debatte stellen. Dafür ist es mir wichtig zu zeigen, dass diese Instrumentalisierung von Kindern für die Öffentlichkeitsarbeit bereits in sehr jungen Jahren beginnt. Diese Werbung zielt darauf ab, Frau Schmerr hat es bereits gesagt, Attraktivitäts- sowie Motivationsfaktor für die Bundeswehr zu sein. Kinder werden darin zu Erfüllungsgehilfen staatlicher Interessen gemacht, die nicht deckungsgleich mit ihren eigenen sein müssen. Im Fall von Krieg und Militär, so scheint es mir, sind sie es sogar nie. Jugendliche werden in dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit zu Werbeträgern, um andere Jugendliche für das Militär zu begeistern, das ist der Peer-Ansatz, wie es in der Marketingsprache heißt. Im besagten „Feldweibel-Boldt-Camp“ wurden so auf deren Fingerschnippen hin aus Bella und Gregor die uniformierten TrägerInnen der Rekrutierungsbotschaft. Die Wer-

bung mit Kindern und ihre Instrumentalisierung dienen auch dazu, ein arbeitnehmerInnen- und familienfreundliches Bild der Truppe herzustellen. Es soll Jugendliche und junge Erwachsene in ihrem Bedürfnis, selbst einmal eine Familie zu gründen und eine erfüllende berufliche Laufbahn einzuschlagen, in die Gewissheit versetzen, dass dies bei der Bundeswehr gut möglich ist. Nicht nur bei uns als Friedensbewegung stößt dieses Vorgehen auf Missfallen, sondern auch bei aktiven Soldatinnen und Soldaten, die weder ihre familiären Verhältnisse noch den beruflichen Alltag am Horn von Afrika oder in Afghanistan abgebildet sehen mitsamt den Entbehrungen, den Gefahren für das eigene Leben und das Leben anderer oder schlicht der gähnenden Langeweile. Erst jüngst veröffentlichte der Bundeswehrverband mit dem Papier „Schlagkräftige Bundeswehr 2020“ eine lange Liste, wie der Alltag der Soldatinnen und Soldaten aussieht: unzählige Überstunden, keine Ruhezeit nach einer Auslandsverwendung, ungenügende Kinderbetreuung, keine Mitbestimmung, schlechtes Image in der Gesellschaft, keine Perspektive für Azubis, Versetzungsstau, eine Dunkelziffer von 50 Prozent psychisch einsatzgeschädigter SoldatInnen, defizitäre Unterkünfte, kaum Übernahmen, schlechte medizinische Versorgung, häufige Umzüge und ein unendliches Pendeln. Um in ein derartiges Umfeld neue Rekrutinnen und Rekruten zu gewinnen, scheint der Bundeswehr die Benutzung von Kindern für PR-Maßnahmen als eines unter vielen Mitteln gut und nützlich zu sein. Es stellt jedoch ein gefährliches Eindringen des Militärischen in die kindliche Schutzsphäre dar, indem diese Form institutionalisierter Gewalt als eine auch für Kinder legitime Form von Gewalt dargestellt wird. Gewiss, und das ist wichtig, sollen Kinder auch mit Krieg und Militär konfrontiert werden. Der richtige Ort hierfür ist aber die Schule und deren Lehrkräfte, nicht Camps und Ferienlager mit Personal der Bundeswehr, in denen mit Tarnschminke durch Schlamm gerobbt und am abendlichen Lagerfeuer der Soldatenromantik gefrönt wird. Das Vertrauen der Kinder in Erwachsene und in den Staat, den sie etwa durch die Polizei oder Lehrkräfte in fürsorglichen Rollen wahrnehmen, wird hier zum Zwecke neuen soldatischen Personals missbraucht. Ein besonders eklatanter Fall, bei dem Kinder für die PR-Maßnahmen der Bundeswehr ausgenutzt werden, ist der von Kindertagesstätten.



Zu zwei Fällen habe ich Ihnen Bildmaterial mitgebracht. Der erste Fall ist der „Schatz in Blankenburg“, wie es auf der Homepage des Sanitätsdienstes der Bundeswehr nachzulesen ist. Dabei handelt es sich um die jährlich stattfindende Schatzsuche in der Untertageanlage der Harzkaserne Blankenburg. Unter der Überschrift „Abenteuer und Hindernis“ ist zu lesen: „Somit begeben sich mehr als 30 Kinder auf eine abenteuerliche Reise durch den Berg, ein klares Ziel vor Augen, der Schatz musste gefunden werden. Bis es soweit war, hatten die Kinder jedoch viel zu lernen und zahlreiche Abenteuer zu bestehen. Warum sprudelt ein Vulkan aus Backpulver, lösen sich Zucker und Sand in Wasser auf und wie stelle ich ein Massageöl her? Nach der Lehrstunde musste mit Hilfe der Soldatinnen und Soldaten ein langer Hindernisparcours überwunden werden, bevor es gruselig wurde. Der Weg führte durch den Geistertunnel.“ So kindlich banal diese Schilderungen aus dem Bunker klingen mögen, kann hier in der Fachsprache in Anlehnung an die Wissenschaftlerin Tanja Thomas und Fabian Virchow von banaler Militarisierung gesprochen werden. Die Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne ist ein zweites Beispiel, bei dem Kita-Kinder für PR-Zwecke Verwendung fanden. Zitat: „Zuerst gingen wir in eine Unterkunft, in der wir einen nichtaufgeräumten und einen aufgeräumten Soldatenschrank angesehen haben. Anschließend hatten wir einen Fototermin mit Oberst Rönnicke, bei dem wir auch unser selbstgestaltetes Bild überreicht haben. Ob es schon in seinem Büro hängt? Sehr beeindruckend waren die Panzer, auf und in denen die Kinder klettern durften. Immer war einer der Soldaten zur Stelle und hat geholfen. An dieser Stelle nochmal einen besonderen Dank an die Soldatenmodels. Uns wurde eine kleine Modenschau mit allen verschiedenen Tarnanzügen präsentiert. Von Tarnung im Schnee, Wüste oder Wald oder die schicke Ausgehuniform, alles konnten wir bestaunen.“ Es lassen sich viele weitere Fälle im Werbematerial und der Selbstdarstellung der Bundeswehr finden, in denen Kinder auch im Sinne der Attraktivitätsagenda für PR-Maßnahmen genutzt werden. Dabei stellt sich nicht die Frage, ob die Eltern im Zweifel eingewilligt haben oder die eigenen soldatischen Eltern diese Ausflüge zu den Kasernen initiiert haben und dies nicht zentral vom Verteidigungsministerium ausging. Beides, nehme ich an, ist eher die Regel als die Aus-

nahme. Relevant ist, dass hier Kinder und Jugendliche mitunter zu dem Zweck, weitere Jugendliche zu werben, von der Bundeswehr „verwertet“ werden. Hier gilt es, klare Regeln aufzustellen, die weder die Werbung an Kindern sowie die Werbung mit Kindern für das Militär auch in Anlehnung an die Empfehlung des Komitees der Rechte für Kinder der Vereinten Nationen erlaubt. Regelverstöße gilt es disziplinarisch zu ahnden.

Ich möchte Ihnen zum Schluss noch einige Bilder zeigen, die eine weitere gelebte Praxis der Bundeswehr zeigt, um Kinder für PR-Maßnahmen im Zeichen karitativer Aktionen zu vereinnahmen. Alle Fotos sind den offiziellen Seiten der Bundeswehr entnommen, die Gesichter der Kinder sind von mir unkenntlich gemacht worden. Die Bilder sind eine unvollständige und willkürliche Zusammenstellung der letzten Jahre. Oft ist es die Übergabe von soldatischen Spendensammlungen, bei der Kleinkinder zur positiven Darstellung der Bundeswehr im Rahmen von PR-Maßnahmen genutzt werden. Auch eine solche PR-Praxis gilt es zu verbieten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ab dieser Stelle kommen wir ins Gespräch, wir haben noch etwa eine halbe Stunde, damit wir nachher noch den geschlossenen Teil schaffen. Gibt es Fragen, Anmerkungen, Diskussionsbeiträge auf unserer Seite?

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Wenn ich die Menschen auf dem letzten Bild richtig erkenne, würde ich sagen, dass in der Mitte der Parlamentarische Staatssekretär, Markus Grübel, Offizier der Reserve, steht und ganz links, von mir aus gesehen, ist es, glaube ich, die Bundestagsabgeordnete Giousouf. Sie kommt auch aus Baden-Württemberg. Ist das eine Kindertagesstätte, die im Rahmen der Bundeswehr eingerichtet wurde? Ich gehe davon aus, dass sich diese Kindertagesstätte dann auch in der Nähe oder auf dem Kasernengelände befindet. Das ist kein Kindergarten, der einen öffentlichen oder privaten Träger hat.

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung e. V.): Vielen Dank für die Rückfrage. Das ist meines Erachtens die Eröffnung der Kita beim



Bundeswehrkrankenhaus in Ulm. Der zentrale Punkt ist für mich, dass alle Bilder, die ich hier zeige, auf der Seite der Bundeswehr zu finden sind. Das Problem sehe ich nicht darin, dass die Bundeswehr auch in Kasernen Kitas eröffnet, sondern dass auf der Seite der Bundeswehr Kleinkinder zu PR-Maßnahmen verwendet und verwertet werden.

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): Dann sollten Sie einen Untertitel mit dem Inhalt machen, dass das die Kita im Bundeswehrkrankenhaus Ulm ist, die dazu dient, den Familien Kinderfreundlichkeit in der Arbeitswelt darzustellen und dass Mütter wie Väter ihre Kinder gut betreut wissen, während sie arbeiten. Das gehört eigentlich dazu. Das finde ich jetzt nicht gut, da sind sicherlich auch andere Bilder dabei, die in ähnliche Richtung gehen. Wenn Sie schon so eine Darstellung bringen, dann müssten Sie das auch ganz und vollkommen darstellen und nicht Bilder zeigen, auf denen ein Offizier und Kinder „missbraucht“ werden, um Werbung für die Bundeswehr zu machen. Denn die Bundeswehr, das wissen Sie ja auch, steht durch das Aussetzen der Wehrpflicht praktisch in der Konkurrenz zur freien Wirtschaft. Daher muss man der Bundeswehr zugestehen, dass sie – selbstverständlich im Rahmen dessen, was im Hinblick auf internationalen Verpflichtungen erlaubt ist – Werbung für sich selbst macht. Das finde ich ganz legitim. Und dabei ist selbstverständlich auch Familienfreundlichkeit darzustellen. Ich komme aus Lüneburg und habe eine Kinderkrippe in meiner Kaserne – eine der ersten, die es in Deutschland gab, wenn nicht sogar die erste, die am Rande der Kaserne steht. Ich finde das völlig legitim und auch richtig, dass man den Bundeswehrangehörigen die Möglichkeit gibt, zu wissen, dass ihre Kinder vernünftig untergebracht sind.

Zum anderen, was ich vorweg schon sagen wollten, Herr Müller, wenn Sie hier schon eine öffentliche Anhörung machen, dann hätte ich auch gerne einen Vertreter der Bundeswehr dabei gehabt, der auch etwas dazu sagen kann. Ich will hier nicht von starker Einseitigkeit sprechen, aber es ist nicht in Ordnung, hier ein Bild der Bundeswehr zu zeigen, dass sie in Kindergärten und in Schulen geht, um für sich selbst Werbung zu machen. Die Rolle der Jugendoffiziere dürfte Ihnen ja

auch bekannt sein, dass sie keine Werbung für die Bundeswehr machen, sondern – das ist ja auch schon genannt worden – sicherheitspolitische Seminare durchführen. Also da sollte man ein bisschen bei der Wahrheit bleiben.

Vorsitzender: Deswegen haben wir ja auch in der übernächsten Woche einen Kapitänleutnant aus dem Landeskommmando ...

Abg. **Eckhard Pols** (CDU/CSU): ... zum Einstieg auch jemand dagewesen wäre.

Vorsitzender: ...Berlin. Es ist ja nicht üblich, dass man immer dieselben Sachverständigen einlädt. Gerade weil es um Werbung im Rahmen dessen geht, was erlaubt ist – wie Sie das, Herr Pols, völlig richtig gesagt haben –, muss man darüber reden, was man als Gesetzgeber, und das sind wir hier am Ende, zulassen, erlauben will. Da gibt es selbstverständlich eine gesellschaftliche, aber auch eine internationale Debatte, wie weitgehend die Konventionen, die Deutschland unterschrieben hat, umgesetzt werden müssen.

Ich habe eine Frage an Frau Schmerr, weil Sie das nicht direkt angesprochen haben. Es gibt den Beutelsbacher Konsens. Ich habe selbst jahrelang politische Auseinandersetzungen dieser Art geführt, ich war selbst Schüler in einer Kooperationsschule der deutschen Bundeswehr. Ich habe mein Abiturball in einem Tagungssaal der NATO gefeiert und habe auch meine eigenen Erfahrungen vor Antritt dieses Mandats. Wir haben die Diskussion geführt, die auch im politischen Raum, in der Gesellschaft geführt wird: Werbung und Information zulassen, aber es muss nach dem Beutelsbacher Konsens eine zweite Seite geben, den die Länder in unterschiedlichem Maße umsetzen oder auch nicht umsetzen. Die Kritik ist immer gewesen, wie die Friedensbewegung das leisten soll. Gibt es angesichts der Tatsache, dass die eine Seite – das deutsche Militär und die Bundeswehr –, an Werbung und Information in den letzten Jahren gut vorgelegt hat, aus Ihrer Sicht eine Variante, wie man im Politikunterricht oder in – wie das in den Ländern jeweils heißt – sicherheitspolitischen Debatten eine zweite Sicht einbeziehen kann bzw. wie die Berufsinformationen etc. an Schulen so



begleitet werden kann, dass ein Beutelsbacher Konsens überhaupt umsetzbar ist?

Martina Schmerr (GEW Hauptvorstand): Gut, dass Sie den Beutelsbacher Konsens ansprechen. Das ist schwierig zu beantworten, weil der Beutelsbacher Konsens mittlerweile auf dem gesamten Gebiet sehr strapaziert wird. Er beinhaltet, wie Sie wahrscheinlich wissen, ein Kontroversitätsgebot, d. h. Themen, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, müssen auch im Bildungsbereich kontrovers diskutiert werden. Er enthält ein Überwältigungsverbot und das Gebot der Schüler- und Schülerinnenorientierung. Wir haben den Eindruck, dass der Beutelsbacher Konsens von den Jugendoffizieren im Unterricht oft nicht eingehalten wird, weil sie die verfassungsrechtliche, völkerrechtliche, kinderrechtliche oder auch berufspraktische Realität nicht in dem Maße, wie es sich gesellschaftlich abbildet, darstellen, sondern sehr affirmativ über die Auslandseinsätze und den Soldatenberuf sprechen. Das ist empirisch selbstverständlich schwer zu belegen. Die Bundeswehr behauptet, sie berücksichtige den Beutelsbacher Konsens und habe im Übrigen gar nichts dagegen, wenn ein Friedensaktivist mit in den Unterricht kommt. Das ist ein Weg, den manche Bundesländer gehen: Sie legen den Schulen nahe, parallel zu den Jugendoffizieren auch jemanden aus dem Bereich Kinderrechte, Friedensforschung oder Friedensbewegung einzuladen. Das ist aber oft ein schwieriger Punkt, weil das selbstverständlich ehrenamtliche Leute sind, die zum Teil berufstätig sind und das gar nicht machen können. Sie haben ja auch nicht – wie soll ich sagen – diese Schulung, die Jugendoffiziere vielleicht in ihrer Ausbildung bekommen. Es wird mit ungleichen Waffen gekämpft, um das mal so zu sagen. Insofern sind große Teile der Friedensbewegung und auch die GEW nicht damit einverstanden, dass die Politik einfach sagt, „Schule, lade doch Friedensbewegung ein.“ Denn diese gibt es in diesem Ausmaß nicht und ist einfach auch viel kleiner als der Apparat, den die Bundeswehr mitbringt. Insofern muss man sagen, dass die Schulen, die Lehrkräfte darauf achten müssen, dass es ausgewogen zugeht. Es spricht nichts dagegen, wenn man gute Gründe hat, einmal einen Offizier oder jemanden aus der Bundeswehr einzuladen. Wir erfahren aber oft, dass es ohne Beteiligung der Friedensbewegung und auch ohne kontroverse Aufarbeitung

im Unterricht geschieht. Und das kann nicht sein, also das widerspricht dem Beutelsbacher Konsens in der Tat.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Ich weiß nicht, ob Frau Schmerr oder Herr Mickan von „Rekrutierung“ von Minderjährigen gesprochen hat. „Rekrutierung“ bedeutet ja, ich werde jetzt – wie damals bei der Wehrpflicht – sozusagen zur Bundeswehr „eingezogen“. Nun gibt es in der Bundeswehr auch zivile Berufe, die ich selbstverständlich auch mit 16, 17 Jahren aufnehmen kann; es gibt kaum noch junge Leute, die mit 16, 17 Jahren aus der Schule kommen, das haben wir hier schon gehört. In Berlin soll der Durchschnitt bei 20 oder 21 Jahren liegen, wenn die Kinder aus der Schule kommen und eine Lehre beginnen oder einen anderen Bildungsweg beschreiten. Ist Ihnen bekannt, dass 16-, 17-Jährige, die zur Bundeswehr gehen – natürlich freiwillig und mit Erlaubnis der Eltern, das muss man auch dazu sagen, sie werden ja nicht zwangsverpflichtet, sondern machen das mit Erlaubnis der Erziehungsberechtigten –, an der Waffe ausgebildet werden, an Schießübungen und an Biwaks teilnehmen?

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung e. V.): Vielen Dank für die Rückfrage. Es ist selbstverständlich ein wichtiger Punkt, zwischen der Rekrutierung der jungen Menschen einerseits – es gibt ja nur wenige Fälle, in denen sie mit 16, 17 Jahren, in der Regel werden sie mit 18 Jahren zur Bundeswehr eingezogen – und der Werbung andererseits zu unterscheiden. Dieser Prüfungsbericht der UN-Kinderrechtskommission zielt insbesondere auf die Werbung ab, d. h., dort ist nicht die Rekrutierung gemeint. Bei der Rekrutierung ist es meines Erachtens so, dass tatsächlich erst ab dem Beginn des 18. Lebensjahres dieser Dienst an der Waffe beginnt. Aber wir wissen, dass dieses militärische Lebensumfeld nicht erst beginnt, wenn eine Waffe in die Hand genommen wird, zum Soldatsein gehört viel mehr, als Schießen zu können, es bedeutet auch in großem Umfang Befehl und Gehorsam und das Sicheinfügen in eine Gemeinschaft usw. – das macht eben auch Militär aus. Tatsächlich wird erst mit 18 Jahren die Waffe in die Hand genommen, das ist mit 18 Jahren dann eine logische Fortsetzung; aber das Problem von Rekrutierung beginnt schon viel frü-



her, eben dass Menschen sich rekrutieren lassen wollen und dann tatsächlich mit 16 oder 17 Jahren in die Bundeswehr gehen.

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Es ging ja durch die Medien, durch n-tv, durch „Die Zeit“ und andere diverse Printmedien, dass die Bundeswehr 17-jährige Rekrutierte auch an der Waffe ausbildet, aber nicht an der Waffe einsetzt – wie es so schön heißt. Das heißt, sie werden startklar gemacht, wenn die Sektkorken knallen – „er ist 18, dann lassen wir ihn raus zum Schießen“, sage ich jetzt mal überspitzt. Aber sie werden auch schon als Minderjährige an der Waffe ausgebildet, zwar noch nicht als 17-Jährige an die Front geschickt, das erfolgt erst mit 18 Jahren, aber ausgebildet dazu werden sie schon als Minderjährige, so schlimm wie es ist.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Das war ja der Kern meiner Frage, nehmen 17-Jährige z. B. ein Maschinengewehr auseinander oder machen sie Zielübungen? Ist Ihnen das bekannt? Das würde mich interessieren, deswegen wäre es schön gewesen, wenn wir einen Jugendoffizier hier gehabt hätten, der uns genauer hätte erklären können, ob tatsächlich die jungen Leute mit 16/17 Jahren ein G36 auseinandernehmen und wieder zusammensetzen – das wäre dann eine Ausbildung an der Waffe. Wie beurteilen Sie die Parallele zu Schützenverein und Polizei? Könnten Sie da eine Parallele ziehen oder nicht?

Vorsitzender: Ich will vorne weg sagen, dass wir dieses Thema, genau diese Frage in der nächsten Sitzungswoche haben. Ich habe im Vorfeld die Bundesregierung gefragt – mein Büro wird Ihnen morgen die Antworten zu den konkreten Zahlen zur Praxis zur Verfügung stellen. Wir haben auch gefragt, für welche Waffengattung wie wann ausgebildet wird. Das ist für die Bundesregierung schwer zu beantworten, weil man dafür in jede Personalakte schauen muss. Die Bundesregierung sagt, dass es in der Praxis tatsächlich letztes Jahr – glaube ich – etwa 1.200 17-Jährige gewesen sind, die auch an den Waffen für den späteren Einsatz ausgebildet worden sind, ohne dass sie schon eingesetzt werden sollten. Die zweite Frage wurde zum Vergleich mit der Ausbildung in Polizei und

Schützenvereine, was auch immer sonst mit Schusswaffen zu tun hat, gestellt.

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung e. V.): Ich möchte eigentlich ungern diese Reduktion des Soldatenberufes auf den Waffengebrauch vornehmen. Ich finde, dass bereits alles andere außerhalb des tatsächlichen Waffengebrauchs und „Soldatsein“ problematisch für Kinder und Jugendliche ist. Aber tatsächlich sind solche Ergebnisse interessant. Ich hatte immer gedacht, dass 17-Jährige noch nicht..., aber wenn sie noch nicht eingesetzt werden, dann ist es wahrscheinlich so herum. Die Frage kann ich Ihnen dann nicht genau beantworten. Diese Anfrage ist dann spannend.

Der Vergleich zur Polizei ist natürlich interessant. Wenn man Polizei und Militär vergleicht: Was macht eigentlich den Unterschied aus? Ich denke, Polizei setzt irgendwie schon andere Grundlagen für ihr Verständnis von Einsatz voraus. Also für die Polizei ist meines Erachtens z. B. eine Verhaftung zentral. Wir hatten die Bundesregierung öfters gefragt, wie viele Menschen die Bundeswehr in Afghanistan verhaftet oder direkt selbst getötet hat. Auf diese Anfragen gab es nie Antworten. Ich finde, diese Frage würde man zur Polizei gar nicht stellen. Ich finde, der Unterschied, was Militär ausmacht und wie Militär auch auf andere Menschen – meist ja Feinde – wirkt, ist schon qualitativ etwas ganz anderes als eine Polizei. Nichtsdestotrotz fände ich es sicherlich problematisch, wenn auch die Polizei 16-Jährige an einer MP 5 ausbilden würde. Bei den Schützenvereinen bin ich tatsächlich überfragt.

Martina Schmerr (GEW Hauptvorstand): Ich würde vielleicht doch das Gemeinsame betonen. Man kann es selbstverständlich nicht gleichsetzen, diese Schützenvereine haben ja eine lange Tradition, aber soweit ich das beobachte, und das tue ich ja seit vielen Jahren, kamen eine gewisse Anzahl der Amokläufer an Schulen aus Familien, deren Väter im Schützenverein waren oder die im Keller eine stattliche Waffensammlung vorfanden. Das war nicht bei jedem Amokläufer so, aber bei auffällig vielen. Das heißt, es ist grundsätzlich zu bedenken, wie problematisch es ist, Kinder in einem



frühen Alter mit Waffen vertraut zu machen oder sogar eine gewisse Faszination zu vermitteln, und das kann auch eine Polizei oder ein Schützenverein. Deswegen sollten all diese Institutionen sehr sorgfältig, sehr kinderrechtlich abgesichert und sehr umsichtig mit Kindern arbeiten. Aber im Prinzip ist das Gemeinsame, dass es eine Attraktion von Gewalt und von Waffen gibt, die irgendwie – vielleicht auch ästhetisch – kleine Kinder beeindruckt, und möglicherweise muss man in allen Bereichen genau hinschauen, in denen es um Waffen und Gewaltausübung geht.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Soweit mir bekannt ist, sind die Waffen der Schützenvereine, wenn es nicht gerade olympisch tätige Sportschützen sind, in den Schützenhäusern fest verschlossen und nicht zuhause. Von daher gesehen müsste ich die Parallele weiterziehen zu den Jägern. Also das ist, finde ich, ein etwas dünnes Eis, das Sie jetzt betreten. Ich weiß nicht, ob das als Argument so ziehen kann.

Eine Frage noch zu Ihren Bildern aus den Kindergärten. War die Kindergartengruppe in dem Stollen in Blankenburg im Harz auf Einladung der Bundeswehr da oder war das ein Bundeswehrkindergarten, den sie mal besichtigt haben? Oder hat das ein Vater organisiert oder ist die Kindergartenleitung, die Erzieherin, der Erzieher an die Bundeswehr herangetreten? Oder war das eine Einladung der Bundeswehr, „liebe Kinder, lasst uns mal im Stollen spielen“, sage ich jetzt mal. Das wäre ja auch interessant zu wissen.

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung e. V.): Ja, das ist eine sehr wichtige Frage. Ich glaube Ende 2013 gab es dazu eine Anfrage an die Bundesregierung. Die Bundesregierung hatte dann berichtet, dass es keine zentralen Programme des Verteidigungsministeriums für solche Besichtigungen durch Kitagruppen gibt. Deshalb muss man schon eher davon ausgehen, dass es häufig auf lokale Initiative hin passiert, dass Eltern vielleicht selbst ein Kind in dieser Kitagruppe haben. Bei diesem Blankenburg-Beispiel war es – glaube ich – eine kommunale Kita aus der Partnerstadt der Einheit. Und wie es im lokalen Umfeld oft so ist – das funktioniert halt von Mensch zu Mensch.

Ich weiß nicht genau, wie die Einladungswege in diesem Fall waren. Das eigentlich Spannende ist aber, dass wir kein direktes Programm des Verteidigungsministeriums angehen und sagen können, hier gibt es diese und jene Direktiven und dieses Verhalten ist problematisch, sondern dass all diese Fälle, beispielsweise auch die Überreichung der Spendensammlung, auf lokaler Ebene passieren. Mein zentraler Punkt ist ja die Frage, wie diese lokale Initiative verwertet wird. Und da ist dann das Verteidigungsministerium oder die Bundeswehr sehr aktiv, das auf ihren Facebook-Auftritten und auf der eigenen Webseite sehr präsent zu verwerten. Das ist mein Problem, das ich an der Stelle thematisieren möchte.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): In Ihrer Argumentation zur Nutzung der Fotos gehört es zur Ehrlichkeit der Diskussion, genau belegen zu können, wie diese Besuche der Kinder in einer Bundeswehreinrichtung zustande gekommen sind. Sie wissen selbst, dass sich die Bundeswehr in der Vergangenheit an kommunalen Kindergärten beteiligt hat – schon bevor wir Kindertageseinrichtungen direkt in den Kasernen oder angrenzend an Kasernen hatten. Seit Jahrzehnten werden Plätze für Kinder von Bundeswehrsoldaten frei gehalten, das gibt es seit 30, 40, 50 Jahren, solange es die Bundeswehr gibt. Ich kenne das auch aus meiner Heimatstadt, und dass diese Kinder der Soldaten dann auch mal die Arbeitsstätte ihrer Väter und heutzutage auch der Mütter besichtigen. Auch das gehört zur Diskussion und vielleicht zur Argumentation dazu. Ich will das jetzt nicht mit dem Boys' Day oder Girls' Day vergleichen, aber so ähnlich ist es. Ich bin selbst mittelständischer Unternehmer und habe auch immer wieder Kindergartengruppen in der Firma, damit sie die Arbeitsstätte der Eltern kennenlernen. Ich will damit auch sagen, dass dies sicherlich keine direkte, gezielte Werbung von kleinen Kindern von 6 bis 10 Jahren oder noch jünger – wenn es eine Hortgruppe war oder 3-, 4-, 5-Jährige – für die Bundeswehr war, sondern dass da doch eine ganz andere Verbindung vorhanden ist.

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung e. V.): Vielleicht war das ja missverständlich. Mir ging es in dem Beispiel nicht um die Werbung von diesen Kitakindern für den Dienst an der Waf-



fe, sondern um die Werbung mit Kindern. Also wie eben ...

Unverständlicher Zwischenruf

... das wird vom Presse- und Öffentlichkeitsamt der Bundeswehr dafür verwendet, eine positive Außendarstellung der Bundeswehr zu erzeugen.

Unverständlicher Zwischenruf

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich danke Ihnen für Ihren Bericht. Ich wollte jetzt nicht unhöflich sein und nichts sagen, aber mir ging es ähnlich wie Herrn Wunderlich, dass ich geplättet war. Das, was Sie berichtet haben, dieses Ausmaß, das war mir nicht bekannt. Ich habe nebenbei kurz gegoogelt, dass Bayern, wo ich herkomme, sogar Spitzenreiter mit 48.000 Schülern ist, die durch diese Werbung erreicht worden sind. Ich habe selbst fünf Kinder, zwei sind noch im Gymnasium und drei studieren. Ich habe denen auch geschrieben, aber bei denen gab es das damals nicht. An uns ging das also relativ spurlos vorbei. An den zwei verschiedenen Gymnasien war niemand, wir haben das so nicht erlebt. Ich habe selbstverständlich davon gehört und habe auch von eurer Anfrage gehört, aber das war mir gar nicht so klar. Ich wollte nur sagen, ich selbst bin Soldatentochter und wurde zu meinen Faschingsfesten und Geburtstagsfesten immer in die Kaserne eingeladen. Da durfte man dann Sturmboot und im Panzer fahren. Da wurden sehr viele kleine Kinder eingeladen. Also ich weiß schon, dass sie sich da öffnen und alles zeigen. Bei mir hat es nicht die Auswirkung gehabt, also ich hätte den Wehrdienst immer verweigert, wenn ich mich hätte entscheiden müssen, mich hat das nicht dazu gebracht, eine Waffe zu tragen. Aber das hat natürlich andere Gründe – weil ich Tochter eines Soldaten bin, und das ist natürlich eine ganz andere Geschichte. Man kann, glaube ich, grundsätzlich sagen und muss definitiv feststellen, dass man nicht an Kinder, an Jugendliche herangehen sollte, die unter 18 Jahre alt sind – Punkt, aus. Da muss man einfach eine Grenze ziehen. Außerdem sollte man auch nicht so tun, als ob der Beruf eines Soldaten ein ganz normaler Beruf wie jeder andere auch wäre. Das ist definitiv

nicht so. Ich wäre schon dafür, dass man die Altersgrenze von 18 Jahren einhält.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Ich möchte kurz anmerken, dass man ein bisschen vorsichtig sein muss, was man problematisiert, wo die wirklich kritikwürdigen Punkte sind und wo die Punkte sind, die sozusagen... Wenn Soldatinnen und Soldaten Spenden für die Kita nebenan sammeln, dann finde ich das ein dankenswertes Engagement, für das man den Menschen, die sich für den Beruf entschieden haben, auch einfach Danke sagen kann. Ich habe Spendensammlungen von Soldatinnen und Soldaten auch aus dem Ausland gesehen, die für die Kindereinrichtung, für das Kinderheim nebenan sammelten. Es fehlt mir das Verständnis, das zu problematisieren. Man kann auch öffentlich Danke sagen, dass sich da jemand engagiert, ohne dass das eine Militarisierung ist. Das zum einen.

Und zum andern frage ich mich, wenn die Verankerung der Bundeswehr im Alltag problematisch ist, was denn mit dem Gegenteil ist? Will ich eine verschlossene Veranstaltung, in die niemand aus der Gesellschaft hineinschauen kann? Das wäre für mich, glaube ich, noch schwieriger. Das ist eine Parlamentsarmee, wir entscheiden darüber, und ich wünsche mir eine Bundeswehr, die transparent ist, die sich geöffnet hat. Grundvoraussetzung ist, dass ich es in Ordnung finde, dass es eine Bundeswehr gibt. Wenn ich diese Akzeptanz erst einmal habe, dann möchte ich, dass sie eine offene Veranstaltung ist, in die ich auch Einblick nehmen kann. Und auf dieser Grundlage die kritischen Punkte herauszukristallisieren, ist etwas anderes, als das Konstrukt im Ganzen, wenn es sich öffnet, zu kritisieren. Ich glaube, es ist wichtig, hier eine gewisse Balance zu halten.

Abg. **Jörn Wunderlich** (DIE LINKE.): Ich denke auch, dass wir auf der einen Seite Transparenz und auf der anderen Seite ein Werbeverbot für bis 18-Jährige brauchen, also für Kinder nach der Kinderrechtskonvention, die auch von Deutschland ratifiziert worden ist. Haben wir eigentlich noch Bundesländer, in denen es 13 Jahre Schulbildung gibt? Das weiß ich gar nicht. Niedersachsen, gut, aber überwiegend sind es 12 Jahre. Mit



6 Jahren wird man eingeschult, 12 Jahre ist man an der Schule, d. h., mit 18 Jahren, mit Erreichen der Volljährigkeit macht man im Normalfall das Abitur. Das heißt, Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen, weil die Mehrzahl der Schüler minderjährig ist, also Kinder nach der UN-Kinderrechtskonvention sind und damit für den Dienst an der Waffe oder für das Militär eigentlich nicht geeignet sind. Deshalb sollten wir uns dafür einsetzen, dass diese Kooperationsverträge, die die Länder geschlossen haben, aufgelöst werden und dass man sich auf Länderebene dafür einsetzt, das für die Zukunft tunlichst zu vermeiden.

Martina Schmerr (GEW Hauptvorstand): Ich wollte kurz kommentieren, was Herr Pöls gesagt hat. Selbstverständlich kann man, wenn man versucht zu erklären, wie das Foto zustande kam, auch Besuche bei der Bundeswehr finden, die auf ziemlich verständlichem Wege zustande kamen und nicht anstößig sind. Aber abgesehen davon, dass das gar nicht das Thema von Herrn Mücken war, möchte ich kurz erklären, wo das Problem ist. Wir erfahren ja oft gar nicht von derlei kinderrechtlichen Verstößen, wenn wir sie jetzt mal so nennen wollen. Die Bundeswehr streitet ja auch ab, dass das ein Verstoß gegen die Kinderrechte ist. Wir erfahren das nur zufällig, wenn einer der beteiligten Jugendlichen ein Foto auf Facebook oder so stellt. Da kommen dann Fälle heraus, wie zum Beispiel in der Kaserne vor zweieinhalb Jahren in Bad Reichenhall, in denen kleine Kinder mit Wafentattrappen auf ein nachgebautes Minidorf geschossen haben, das Klein-Mitrovica hieß. Mitrovica war zu allem Übel eine Gemeinde, in der die Nationalsozialisten gewütet haben. Das kam ja nur heraus, weil das Leute ins Netz stellten. Ein neueres Beispiel – und das haben wir laufend, es schaut nur keiner hin oder es dokumentiert keiner – war letztes Jahr in der Arnulf-Rating-Kaserne in der Oberpfalz. Dort gab es, wie übrigens jedes Jahr, ein offenes Angebot für Truppenbesuche – was ja auch okay ist –, das „Für einen Tag Soldat spielen“ hieß. Da gab es 5- bis 18-Jährige, die in Tarnanzügen durch Stacheldrähte gerobbt sind und ähnliches. Die Frage ist, wie wir das bewerten. Wollen wir das? Wollen wir eine Gesellschaft, in der 5-Jährige in militärischen Einrichtungen Soldat spielen? Eigentlich nicht, Herr Pöls, oder?

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Wenn eine Kindertagesstätte innerhalb einer Kaserne eröffnet wird, finde ich daran nichts Verwerfliches – im Gegenteil. Es zeigt auch ein bisschen die Familienfreundlichkeit. Darum ging es ja. Wir sind uns da ja einig. Ich meine, DIE LINKE steht ja vielleicht noch in der Tradition zur SED und zur NVA. Wenn diese damals mit dem Papp-Panzer Paraden gefahren haben – so etwas wollen wir nicht, das ist ganz klar, und dass die da auf ...

Unverständlicher Zwischenruf

Wenn ich nicht zur Bundeswehr hätte hingehen müssen, wäre ich da auch nicht freiwillig hingegangen, weil das für mich auch nichts ist – das muss jeder für sich selbst entscheiden. Aber es geht ja auch darum, dass wenn man eine Argumentation aufbauen will, dass man dann auch tatsächlich konkrete Beispiele nennt. Mir ging es auch darum zu sagen, dass Rekrutierung ein normales Bewerbungsverfahren ist, wenn sich junge Leute bei der Bundeswehr bewerben. Deswegen habe ich auch ausdrücklich gesagt „nur mit Zustimmung der Eltern“, die ja auch den Lehrvertrag oder Arbeitsvertrag unterschreiben müssen. Meine Frage direkt an Herrn Mücken war, ob diese auch schon an der Waffe ausgebildet werden usw. Da muss man ein bisschen differenzieren, das kann man nicht so pauschal sagen. Wenn Sie Bilder zeigen, auf denen Soldaten mit kleinen Kindern drauf sind, dann kann das auch eine Bundeswehr-Kita sein. Ich finde nichts Verwerfliches daran, dass die Bundeswehr selbst auch Kindertagesstätten hat. Dass sie selbstverständlich nicht auf irgendwelche Modell-Dörfer schießen dürfen, das ist ganz klar. Da sind wir uns einig.

Vorsitzender: Ich will nur zum Verständnis sagen – ich glaube, Jörn Wunderlich sieht das ganz ähnlich –, dass ich Militarisierungstendenzen in jeder Gesellschaft ziemlich übel finde. Ich kenne das auch von den Jungpionieren, die in Papp-Panzern gesessen haben. Deswegen muss ich das nicht gut finden, um das einmal deutlich zu sagen. Ich kann mich daran erinnern, dass ich den Internationalen Kindertag sowohl vor 1989 als auch nach 1989 gefeiert habe. Denn mein Vater war 25 Jahre Offizier in beiden Armeen – ich bin also auch Soldat-



tenkind. Da wurde der Internationale Kindertag mit Eierlauf und Kinderspielen in den NVA-Kasernen gemacht, diese erhielten dann nach 1990 ein Bundeswehr-Logo und dann waren das Bundeswehr-Kasernen. Dort habe ich bis 1993 dieselben Veranstaltungen gehabt. Ich würde ausrasten, wenn meine Kinder das heute tun würden, ich würde das ablehnen. Da ist es mir auch völlig egal, welchen politischen Charakter die Gesellschaft trägt, weil ich es falsch finde. So, Herr Mickan.

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung e. V.): Ich danke Frau Rührich dafür, dass sie diese Differenzierung anmahnt. Das ist genau mein Punkt: Mir geht es gerade nicht darum, dass irgendeine Soldatengemeinschaft 200 Euro an eine Kita spendet, sondern dass das von Seiten des Verteidigungsministeriums zur PR-Maßnahme ausgeschlachtet wird, um das mal so deutlich zu sagen. Vor Kurzem wurde die Kita Lazarett-Zwerge eröffnet. Da gibt es viele Fotos auch auf Seiten der Bundeswehr, für die keine Kinder verwendet werden, um dieses Event irgendwie pressemäßig zu verwerten – es geht also auch anders. Aber es gibt eben viele Beispiele, ich hatte ja kursorisch welche gezeigt, bei denen diese PR-

Verwertung passiert, und das finde ich sehr relevant. Hier diese Differenzierung zu machen, ist schon sehr wichtig.

Lena Herenz: Ich kann nur noch einmal betonen, was bereits gesagt wurde, nämlich dass die Bundeswehr in der Schule letztendlich nur zu Konflikten führt, wie ich es erfahren konnte. Problematisch bei uns war vor allem, dass die Werbung den Beruf als so ganz normal dargestellt hat. Das ist sehr schwierig. Aber ich würde mich jetzt nur wiederholen. Also ich kann mich da nur anschließen.

Vorsitzender: Dann bedanke ich mich bei Ihnen für die Vorträge, für die Power-Point-Präsentation, für den Bericht und für die lebhafte Diskussion. Das finde ich gut, dass sie das ist.

Wir machen jetzt eine kurze Pause, ich unterbreche für fünf Minuten und danach tagen wir geschlossen weiter.

Schluss der Sitzung: 17.31 Uhr

Norbert Müller, MdB
Vorsitzender